

## Holpriger Start der neuen AZVOPol

**Mit Wirkung vom 1. 7. 2017 ist die neue AZVOPol wie angekündigt in Kraft getreten. Mit der Umsetzung der Neuregelungen in die Praxis haben die Behörden aber massive Probleme. In einer ganzen Reihe von Fällen fehlen ergänzende und konkretisierende Erlasse, bzw. werden erst jetzt angepasst. Das zeigt deutlich, dass das Innenministerium die Einführung nicht ausreichend vorbereitet hat. Statt einer sorgfältigen Vorbereitung hat man entgegen der Beratung durch die GdP bewusst auf eine Reparatur im laufenden Betrieb gesetzt. Das geht nur zulasten der Beschäftigten und bedeutet, dass jetzt Lösungen mit heißer Nadel gestrickt werden.**

Obwohl die neue AZVOPol schon in Kraft ist, steht eine Überarbeitung der Regelungen zur Arbeitszeiterfassung noch aus. Die entsprechenden Eckpunkte der AZVOPol standen zwar bereits deutlich vor dem Inkrafttreten fest. Das Innenministerium hat aber viel zu spät mit der notwendigen Anpassung der entsprechenden Erlasse und der darauf basierenden Software begonnen. Ergebnis: Vor Ort fehlen wichtige Arbeitsmittel und Grundlagen zur Umsetzung der AZVOPol. Auch wenn die Rahmenbedingungen für Schichtdienstmodelle in der AZVOPol grundsätzlich klar gefasst sind, ergeben sich bei der Interpretation in der Praxis daher Schwierigkeiten. So wird etwa die Anpassung von Schichtdienstmodellen unnötig erschwert. Das Ziel, Schichtdienstmodelle bis zum Ende des Jahres an die neue AZVOPol anzupassen, wirkt vor diesem Hintergrund mehr als ambitioniert.

Daneben fehlen für die Bewältigung des polizeilichen Alltags wichtige Regelungen zum Umgang mit einer ganzen Reihe von Einsatzlagen, die regelmäßig dazu führen, dass bestehende Dienstplanungen nicht eingehalten werden können:

Die nächtliche Begleitung eines Schwertransports durch den Ver-

kehrsdienst ist hierfür nur ein Beispiel. Die Ankündigung von Schwertransporten erfolgt regelmäßig erst 48 Stunden vorher, also innerhalb des Verbindlichkeitszeitraums. Unklar ist dann, ob die hierfür vom vorgeplanten Spät- in den Nachtdienst verschobenen Beamten am



Folgetag bereits wieder im – vorgeplanten – Spätdienst eingesetzt werden können oder nicht. Bei strikter Einhaltung der vorgeschriebenen täglichen Ruhezeit von elf Stunden ist das zu verneinen. Dann muss aber die Frage beantwortet werden, ob die Betroffenen durch den Ausfall der vorgeplanten Schicht ihre wöchentliche Arbeitszeit unterschreiten, oder ob sie so gestellt werden, als hätten sie ihren normalen Dienst geleistet.

Auch beim Einsatz von Mitarbei-

tern der Führungsstellen und ständiger Stäbe im Rahmen von größeren Einsätzen ergeben sich Fragen mit Blick auf die Verfügbarkeit dieser Organisationseinheiten am Folgetag, wenn der Großteil der zugewiesenen Mitarbeiter im Rahmen einer Einsatzlage gebunden war.

Besondere Regelungen sind auch für Einsätze der Bereitschaftspolizei, Spezialeinheiten und für besondere Einsatzlagen in der Direktion K erforderlich. Auch hier ergeben sich aus der polizeilichen Praxis immer wieder Situationen, in denen vom Regelwerk der AZVOPol abgewichen werden muss, ohne dass die unmittelbar zur Verfügung stehenden Ausnahmeregelungen in der AZVOPol ausreichen.

Die Liste vergleichbarer Problemstellungen ist lang und muss zeitnah durch entsprechende Erlasse des Innenministeriums geregelt werden. Hierfür sieht die AZVOPol auch in § 24 eine Ermächtigungsgrundlage vor. Hiervon muss jetzt Gebrauch gemacht werden, um für die Betroffenen eine klare und verlässliche Grundlage zu schaffen. Bedauerlich ist nur, dass diese Konstellationen nicht neu sind und daher zum

größten Teil bereits mit der Einführung der neuen AZVOPol hätten geregelt werden können. Sie ergeben sich daraus, dass eine Abweichung von den Regeln der AZVOPol eben nicht mehr weitgehend wie in der Vergangenheit in die Kompetenz der Behörden vor Ort fällt, sondern in größerem Umfang als bisher durch das Innenministerium geregelt werden muss. Die GdP hat deshalb von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Überarbeitung zent-

raler Folgeregulungen, wie etwa des DSM-Erlasses vor der Inkraftsetzung der neuen AZVOPol erfolgen muss, um einen reibungslosen Start zu ermöglichen.

Wenn die oben geschilderten Fragen sich im Nachgang noch lösen lassen, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die gegen den Widerstand der GdP in die AZVOPol aufgenommenen restriktiven Regelungen zur Anordnung und Genehmigung von Mehrarbeit nicht für den polizeilichen Alltag taugen. Bereits nach wenigen Wochen zeigt sich nicht nur, dass dies zu einer erheblichen Verunsicherung der Beschäftigten führt, sondern dass hier auch ein erheblicher Verwal-

tungsaufwand geschaffen wird, ohne dass sich weder für die Betroffenen, noch für die Organisation irgendein Mehrwert ergibt.

Das Problem wird zudem noch dadurch verschärft, dass im Rahmen der bisher erfolgten Regelungen für die Stundenbuchung im Schichtdienst eingesetzte Mitarbeiter so behandelt werden, als hätten sie flexible oder gleitende Arbeitszeiten. Das hat zur Folge, dass jegliche über den vorgeplanten Dienst hinausgehende Tätigkeit zunächst auf dem Differenzkonto verbucht wird und damit grundsätzlich nicht auszahlfähig ist. Außerdem sind diese Zeiten auch nicht von den durch die neue Lan-

desregierung abgegebenen Zusicherungen umfasst, mit denen Mehrarbeitsbestände vor Verfall geschützt werden sollen.

Sowohl das Innenministerium als auch die Behörden vor Ort sind zur Umsetzung der AZVOPol in erheblichem Umfang auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Personalräten angewiesen. Auf ihnen lastet jetzt eine große Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Lösungen die Interessen der Beschäftigten gleichberechtigt neben die des Dienstherrn stellen. Die GdP ist mit ihren Vertreterinnen und Vertretern sowohl in den örtlichen Personalräten und im Hauptpersonalrat gut vorbereitet.

## **Einstellung von Tarifbeschäftigten auf 2017 vorziehen**

***Kaum im Amt, musste sich die neue Landesregierung in der Innenpolitik bereits ihrer ersten Bewährungsprobe stellen: Weil in der Vergangenheit nicht genügend Polizistinnen und Polizisten ausgebildet worden sind, musste das Innenministerium Mitte Juli einräumen, dass 29 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW beim landesweiten Nachersatztermin am 1. September erneut Polizisten verlieren werden. 21 der betroffenen Behörden sind Landratsbehörden, aber auch etliche Präsidien gehören zu den Verlierern. Auch wenn die jetzige Landesregierung für die aktuelle Situation nicht verantwortlich ist, hatte sie im Wahlkampf versprochen, die Polizeipräsenz nachhaltig zu erhöhen. Insbesondere in den Landratsbehörden. Dieses Versprechen gilt es jetzt einzulösen.***

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, ab diesem Jahr 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen. 300 mehr als bislang geplant. Ab 2018 will die neue Landesregierung zudem jedes Jahr 500 zusätzliche Tarifbeschäftigte einstellen, um so die Polizeivollzugsbeamten zu entlasten. Das bringt noch einmal 2500 Stellen.

Beide Maßnahmen sind ein großer Schritt nach vorne, um die Polizei nachhaltig zu stärken. 2022, am Ende der gerade erst begonnenen Legislaturperiode, werden dadurch in NRW 950 Polizistinnen und Polizisten mehr zur Verfügung stehen als heute. Bis 2025 werden es sogar 2000 zusätzliche Polizisten sein. Auch die geplante Einstellung von 2500 zusätzlichen Tarifbeschäftigten in den kommenden

fünf Jahren wird zu einer deutlichen Entlastung der Polizei führen. Bis beide Maßnahmen greifen, wird allerdings noch längere Zeit vergehen. Denn die zusätzlichen Polizisten müssen erst drei Jahre lang ausgebildet werden, bevor sie als Verstärkung eingesetzt werden können. Und auch im Tarifbereich dauert es oft viele Monate, bis die zugewiesenen Stellen besetzt werden können. Zum einen müssen die Behörden erst entscheiden, welche Aufgaben, die bislang von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden, sie an Tarifbeschäftigte übertragen können. Zum anderen müssen qualifizierte Tarifbeschäftigte häufig erst von anderen Unternehmen abgeworben werden. Und das dauert.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der BKV hatte deshalb die GdP dar-

auf gedrängt, dass die ohnehin für 2018 geplanten 500 zusätzlichen Stellen für Tarifbeschäftigte den Behörden bereits in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden. „Jeder Tag, den wir jetzt verlieren, ist ein Tag zu viel“, hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Mitte Juli gegenüber den Medien erklärt.

Wie groß der Handlungsdruck ist, zeigt ein Blick in die BKV. Danach gehen den Behörden in diesem Jahr alleine in der Kriminalitätsbekämpfung 48 Stellen verloren. Weitere neun fallen bei der Verkehrsunfallbekämpfung weg. Im Wachdienst sind es sogar 99 Stellen. Selbst das Innenministerium spricht in seinem Erlass davon, dass einige Kreispolizeibehörden in der Zielsollstärke „spürbare Rückgänge“ hinnehmen müssen.

Damit das Loch nicht noch größer wird, hatte das Innenministerium bereits vor der Veröffentlichung der BKV entschieden, die für dieses Jahr geplante Aufstellung von zwei zusätzlichen Einsatzzügen in den Polizeipräsidien Essen und Bochum zu verschieben. Auch der Staatsschutz wird nicht so verstärkt, wie das zunächst geplant war. Er bekommt in einem ersten Schritt zunächst 30 zusätzliche Stellen, die vor allem zur Beobachtung von Gefährdern eingesetzt werden sollen. Weil auch das nicht reicht, um die bestehenden Lö-



## Die neuen Vorschriften zur Mehrarbeit sind bürokratischer Irrsinn



Bereits kurz nach Einführung der neuen AZVOPol bestätigt sich die Befürchtung der GdP, dass die neuen Regelungen zur Anordnung und Genehmigung von Mehrarbeit kompletter Unsinn sind.

Durch die überzogen strengen Anforderungen an die Voraussetzungen und die Verlagerung der Anordnungskompetenz auf die Behördenleitung wird ein bürokratischer Aufwand geschaffen, der bereits für mittelgroße Behörden kaum zu stemmen ist. Statt Ressourcen für die Kernaufgaben der Organisation freizuschaukeln, werden sie für unsinnige Verwaltungsaufgaben gebunden. Aber das ist vielleicht auch gar nicht beabsichtigt, weil den Beschäftigten vom Dienstherrn zum Start der neuen AZVOPol noch nicht mal ein Formular für die Genehmigung von Überstunden als Mehrarbeit zur Verfügung gestellt wird.

Im Gegenteil wurde aber ganz schnell dafür gesorgt, dass Überstunden künftig grundsätzlich auf dem Differenzkonto auflaufen und nur nach Anordnung oder Genehmigung im Einzelfall als Mehrarbeit im Sinne von § 61 LBG gebucht werden. Spätestens hier

drängt sich der Verdacht auf, dass hier darauf gesetzt wird, das Problem wachsender Überstundenberge durch Buchungstricks zu erledigen. Eine so gestaltete Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf kaltem Wege ist mit der GdP aber nicht zu machen. Deshalb gibt es einen Antrag von uns, mit dem Beschäftigte ihren Anspruch geltend machen können.

Die Regelungen zur Mehrarbeit waren von Anfang an Ausdruck eines tief greifenden Misstrauens gegenüber den Beschäftigten. Sie sind für die Anforderungen der polizeilichen Praxis untauglich und müssen umgehend geändert werden. Dazu müssen wir nicht erst die vereinbarte Evaluierung nach einem Jahr abwarten. Das habe ich in Gesprächen mit dem Staatssekretär und dem Innenminister im August nochmals deutlich gemacht.

Für das Team um Innenminister Reul ist das eine gute Gelegenheit, zu zeigen, dass sie es mit der angekündigten Wertschätzung für die Arbeit der Polizei ernst meinen.

**Arnold Plickert,**  
Landesvorsitzender

cher zu stopfen, hat das Innenministerium im BKV-Erlass angekündigt, dass den Behörden bereits in diesem Jahr 100 der 500 erst für das kommende Jahr geplanten zusätzlichen Stellen im Tarifbereich zur Verfügung gestellt werden sollen. Damit allein lässt sich der absehbare Personalmangel bei den Behörden aber nicht stoppen. In den Medien ist die GdP deshalb für ihre Forderung, alle 500 für 2018 geplanten zusätzlichen Stellen im Tarifbereich bereits in diesem Jahr den Behörden zur Verfügung zu stellen, auf eine breite Unterstützung gestoßen.

Auch der Landkreistag von NRW hat sich dafür ausgesprochen. Bei einem Treffen von Spitzenvertretern des Landkreistages und der GdP Mitte Juli in Düsseldorf haben beide Organisationen zudem gefordert, dass die jetzt geplanten zusätzlichen Tarifbeschäftigten vorrangig den Landkreisbehörden zugute kommen sollen. Sie sind im vergangenen Jahr bei der Verteilung der zusätzlichen 350 Stellen aus dem Sicherheitspaket der damaligen rot-grünen Landesregierung mit weniger Stellen bedacht worden. „Mit den

zusätzlichen Stellen können wir unsere Polizisten von sachfremden Aufgaben entlasten. Das hilft uns, wieder mehr Präsenz auf der Straße zu zeigen“, sagte der Präsident des Landkreistages, Thomas Hendele, nach dem Treffen mit der GdP.

Ende Juli hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert zudem Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) angeschrieben, um ihm die Unterstützung der GdP bei der Lösung der schwierigen Personalsituation bei der Polizei anzubieten.



**Mitte Juli haben sich die Spitzen der GdP und des Landkreistages NRW bei einem gemeinsamen Arbeitstreffen für eine stärkere Präsenz der Polizei in den ländlichen Regionen von NRW ausgesprochen. Beide Organisationen fordern zudem, dass der Polizeiberuf auch in der Zukunft attraktiv bleiben muss.**



# 2500 zusätzliche Tarifbeschäftigte werden auch die GdP verändern

**Vor jedem Landesdelegiertentag findet das Tarifforum statt, um über die Weiterentwicklung der tarifpolitischen Positionen der GdP zu beraten und um eine Kandidatin oder einen Kandidaten zu nominieren, der bzw. die in der kommenden Wahlperiode die Interessen der Tarifbeschäftigten im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) vertritt. Beim diesjährigen Tarifforum am 19. Oktober in Selm stehen zwei Fragen im Zentrum: Wie werden die 2500 Tarifbeschäftigten, die die neue Landesregierung in dieser Legislaturperiode zusätzlich einstellen will, die Polizei verändern? Und wie muss sich die GdP aufstellen, um für die wachsende Zahl der Tarifbeschäftigten attraktiv zu sein?**

Dass die Landesregierung die Tarifbeschäftigten wiederentdeckt, ist auch ein Erfolg der GdP. Jahrelang hatte sie immer wieder darauf hingewiesen, dass es bei der Polizei zahlreiche Arbeitsbereiche gibt, die nicht notwendigerweise von einem Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen

werden müssen, sondern auch von einem Tarifbeschäftigten mit einer entsprechenden fachspezifischen Qualifikation übernommen werden können. Aber erst im vergangenen Jahr, nach den Terroranschlägen von Paris und dem Anstieg der Alltagskriminalität und der Verkehrsoferzahlen

in Deutschland, hatte die damalige rot-grüne Landesregierung die GdP-Forderung aufgegriffen und erstmals 350 zusätzliche Stellen im Tarifbereich geschaffen, wenn auch zunächst nur befristet. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung will diese Stellen jetzt entfristen und bis Ende der Legislaturperiode weitere 2500 Tarifbeschäftigte einstellen.

Die GdP hat die Ankündigung der neuen Landesregierung ausdrücklich begrüßt. „Dass die 350 Stellen im Tarifbereich, die im Rahmen des Sicherheitspakets im vergangenen Jahr ent-

standen sind, noch in diesem Jahr entfristet werden, ist ein großer Schritt nach vorne. Das gilt erst recht für die versprochenen weiteren 2500 Stellen im Tarifbereich“, betont Jutta Jakobs, die als stellvertretende Landesvorsitzende im Vorstand die Interessen der Tarifbeschäftigten vertritt. „Aber es kommt natürlich auch auf die Details an. Deshalb werden wir uns sehr genau ansehen, in welchem Bereich die jetzt angekündigten 2500 Tarifbeschäftigten angesiedelt werden und wie die Arbeitsbedingungen sind“, ergänzt sie. „Auch die schon länger bei der Polizei angestellten Kolleginnen und Kollegen müssen jetzt die Chance bekommen, einen neuen, höher qualifizierten Arbeitsbereich zu übernehmen.“

Auch GdP-intern wird der wachsende Anteil der Tarifbeschäftigten bei der Polizei zu nachhaltigen Veränderungen führen. Um sie besser betreuen zu können, bekommt der Tarifbereich ab Oktober in der Geschäftsstelle des Landesbezirks eine eigene Abteilung. Als Gewerkschaftssekretärin wird sich in Zukunft Camilla Ruppert nach ihrer Rückkehr aus der Elternzeit schwerpunktmäßig um die Tarifbeschäftigten kümmern.

Auch optisch will der Tarifbereich in der GdP stärker in Erscheinung treten. „Die von Jürgen Tomicek für uns entworfene Karikatur wird ein fester Bestandteil des neuen Auftritts des Tarifbereichs in der GdP“, sagt Jakobs.

Wichtig ist für sie aber, dass die Tarifbeschäftigten auch in Zukunft keine Konkurrenz zu den Polizistinnen und Polizisten sind, sondern dass sich beide Beschäftigungsbereiche gegenseitig ergänzen und unterstützen. „Dass das geht, haben wir in dem Positionspapier über ‚Neue Perspektiven für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei‘ gezeigt, das der GVS bereits im vergangenen Jahr veröffentlicht hat“, betont Jutta Jakobs.

Auf der Tarifpolitischen Konferenz will Jakobs erneut als Kandidatin der Tarifbeschäftigten für den GVS antreten. Sollte sie von den Delegierten nominiert werden, wäre damit eine erste Vorentscheidung über die Zusammensetzung des nächsten GVS gefallen.



# Ich werde Polizist

**Wer sich heute als junger Mensch bei der Polizei bewirbt, macht das ganz bewusst. Die gesellschaftspolitische Gemengelage und die anhaltende Terrorgefahr sind nur zwei der Herausforderungen, denen sich die jungen Nachwuchspolizisten stellen müssen. Der massive Personalabbau der Vergangenheit ist eine weitere Belastung. Schon seit Jahren setzt sich die GdP deshalb für mehr Personal bei der Polizei ein. Aber die Politik hat sich erst nach und nach dazu durchgerungen, die Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren. Immerhin: Seit 2007 ist die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei schrittweise von 500 auf 2300 Kommissarsanwärterinnen und -anwärter gestiegen. Auch die Zahl der Tarifbeschäftigten bei der Polizei soll in den nächsten Jahren wieder steigen. Das ist auch bitter nötig, denn in den kommenden Jahren wird auch die Zahl der Pensionierungen stetig steigen. Und es kommen immer mehr Aufgaben auf die Polizei zu.**

Die steigenden Studierendenzahlen bringen auch neue Herausforderungen für die drei Ausbildungsträger der Polizei mit sich. Aus diesem Grund ist es bereits im vergangenen Jahr zu einer umfangreichen Reform des Bachelorstudiums gekommen. Dabei wurden sowohl der Studienverlauf als auch die Rahmenbedingungen des Studiums optimiert. Denn ei-



nes war allen Beteiligten von vornherein klar: Wer mehr Einstellungen fordert, muss auch über größere Ausbildungskapazitäten und über mehr Ressourcen reden, um den hohen Ausbildungsstandard bei der Polizei zu halten.

Die GdP hat sich bei diesem Thema aktiv in die Diskussion eingebracht und in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Polizeiausbildung kreative Lösungen für die Weiterentwicklung des Bachelorstudiums entwickelt. Herausgekommen sind dabei zahlreiche Änderungen im Detail des Studienverlaufsplans, aber an der durchgängigen Ausrichtung des Studiums an den drei Elementen Theorie

- Training - Praxis hat sich nichts geändert. Auch in Zukunft lernen die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten erst an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV) die wichtigsten theoretischen Grundlagen ihrer künftigen Arbeit. Dann üben sie die so erworbenen Kenntnisse in Trainings- und Praxisübungen im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP), um sie anschließend in den Ausbildungs- und Kooperationsbehörden unter fachlicher Begleitung erfahrener Tutoren in realen Einsatzsituationen vor Ort anzuwenden.

Das Studium zum Polizeivollzugsbeamten in NRW genießt bundesweit einen hervorragenden Ruf. Es ist abwechslungsreich und fachlich hochwertig. Wer seinen Bachelorabschluss schafft, kann von sich behaupten, einen interessanten, wichtigen und krisensicheren Job zu haben. In der heutigen Zeit ist das längst nicht mehr selbstverständlich. Allerdings müssen sich die angehenden Polizistinnen und Polizisten dafür von Beginn ihrer Ausbildung an ins Zeug legen. Die erste Prüfungswelle lässt nur ein knappes halbes Jahr auf sich warten. Deshalb ist jeder gut beraten, von Anfang an am Ball zu bleiben. Aber wer nach drei Jahren seinen Bachelorabschluss schafft, hat das Rüstzeug für die ersten Jahre im Beruf bereits dabei. Welchen Weg er anschließend im weiteren

Berufsleben in der Polizei einschlagen wird, muss dann jeder für sich selbst entscheiden.

Die Polizei steht immer wieder vor neuen Aufgaben und Herausforderungen. Deshalb geht jede neue Genera-

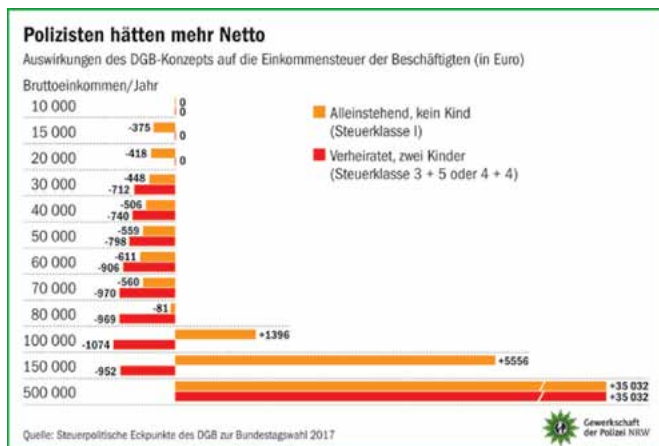


tion bei der Polizei ihren eigenen Weg. Für die jungen Kolleginnen und Kollegen ist deshalb bereits der Berufseinstieg bei der Polizei eine spannende, fordernde Zeit. Die GdP hat es sich zum Ziel gesetzt, die jungen Kolleginnen und Kollegen beim Einstieg in ihrem Berufsalltag zu unterstützen und zu begleiten: mit regelmäßigen Sprechstunden an den Fachhochschulstandorten, einer Unterstützung bei den Klausuren, durch kompetente Ansprechpartner in den Behörden vor Ort oder ganz einfach, um auf Partys gemeinsam Spaß zu haben. In der heutigen, sich ständig schneller drehenden Zeit ist die GdP eine feste Konstante, auf die die jungen Kolleginnen und Kollegen zählen können.

**www.gdp-nrw.de:  
Bachelor 2017  
Alle Infos auf einen Blick**



# Steuerlast gerecht verteilen



**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Vorfeld der Bundestagswahl vorgelegt hat. Profitieren würden von dem neuen Steuertarif auch die Polizistinnen und Polizisten und die Tarifbeschäftigten der Polizei.**

**Durch eine gerechte Besteuerung höherer Einkommen könnten normale Arbeitnehmer bis zu einem Bruttoeinkommen von 80 000 Euro pro Jahr deutlich entlastet werden. Bei Familien mit Kindern wäre der Entlastungseffekt sogar noch größer. Das geht aus einem Steuerkonzept hervor, das der Deutsche Gewer-**

**Aktien- und Kapitalerträgen erwirtschaften, geschont. Der DGB hat im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September ein Konzept vorgelegt, wie die Steuerlast gerecht verteilt werden kann. Profitieren würden vom DGB-Konzept auch die Polizistinnen und Polizisten sowie die Tarifbeschäftigten der Polizei.**

Damit Normalverdiener mehr von ihrem Brutto behalten, will der DGB an drei Stellschrauben drehen: Erstens soll der Grundfreibetrag, bis zu dem keine Einkommensteuer anfällt, von 8652 Euro auf 11 000 Euro steigen. Das dient vor allem dem Schutz niedriger Einkommen.

Zweitens ist die aktuelle Steuerprogression zu steil. Schon bei einem Jahreseinkommen von 13 669 Euro gehen heute 24 Prozent an den Staat. Bei 53 665 Euro ist bereits der Spitzensteuersatz von 42 Prozent erreicht. Nur ganz Reiche mit einem Jahreseinkommen von 250 000 Euro

**Das Steuersystem in Deutschland ist ungerecht. Während die normalen Beschäftigten kräftig zur Kasse gebeten, werden Spitzenverdiener und Vermögende, die ihre Einkommen vor allem aus**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Oktober-Ausgabe ist der 4. September.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 15.9. Rudolf Wieskus, Essen
- 21.9. Annelore Hagel, Aachen
- 24.9. Franz Stamm, Düsseldorf

### 91. Geburtstag

- 8.9. Hans Doll, Köln
- 16.9. Martha Günther, Euskirchen
- 17.9. Rudolf Hoffmann, Wesel

### 92. Geburtstag

- 13.9. Harry Pusiol, Essen
- 23.9. Herbert Hanke, Gelsenkirchen
- 27.9. Antonius Mettlicki, Solingen

### 93. Geburtstag

- 2.9. Helene Timpe, Bottrop
- 7.9. Lore Meißner, Verl
- 12.9. Edith Felsner, Duisburg
- 13.9. Elisabeth Soethe, Sendenhorst
- 27.9. Wilma Stücker, Bielefeld  
Gertrud Tobias, Düsseldorf

### 94. Geburtstag

- 17.9. Gertrud Salewski, Lennestadt
- 20.9. Elisabeth Böhm, Münster
- 22.9. Franz Hupe, Duisburg  
Hildegard Machholz,  
Recklinghausen
- 26.9. Günter Link, Langenfeld
- 28.9. Hans Siekmann, Bielefeld

### 95. Geburtstag

- 7.9. Hanna Wallek, Herne

### 97. Geburtstag

- 1.9. Inge Schmidt, Velbert
- 30.9. Josefine Winter, Garstedt

### 98. Geburtstag

- 9.9. Katharina Brune, Duisburg
- 12.9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13.9. Hedwig Probst, Bottrop
- 16.9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 26.9. Anneliese Goertz,  
Mönchengladbach

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



zahlen zwei Prozent mehr. Der DGB fordert, dass die Steuerprogression nicht nur später einsetzt, sondern auch deutlich langsamer steigt. Dadurch würden vor allem die mittleren Einkommen entlastet (siehe Grafik).

Drittens: Damit die Steuerentlastung für niedrige und normale Einkommen nicht zu massiven Steuerausfällen führt, sollen Spitzenverdiener und Vermögende stärker an der Finanzierung des Staates be-

teiligt werden. Ab einem Einkommen von 70 000 Euro sollen in Zukunft 49 Prozent an den Staat gehen. Ab 125 000 Euro sind 52 Prozent fällig.

Unter dem Strich könnten Bund, Länder und Kommunen dennoch bei der Einkommensteuer mit einem Plus von 7,4 Milliarden Euro rechnen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen vor allem in die Sanierung der vernachlässigten Infrastruktur und das unterfinanzierte Bildungs-

system fließen. Weil der DGB zudem große Erbschaften und Vermögen stärker besteuern will, lägen die Mehreinnahmen des Staates sogar noch höher. Alleine in NRW würden durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer 3,7 Milliarden Euro in die Landeskasse fließen. Weitere 290 Millionen Euro würde die Anhebung der Erbschaftsteuer bringen.

Mehr Infos: [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

Anzeige

# FAHREN SIE AUF NUMMER SICHER.

Testen Sie Ihr Fahrgeschick: In der Autostadt in Wolfsburg machen Sie sich bei einem SicherheitsTraining fit für Herbst und Winter oder überwinden bei einer Offroad-Fahrt auf dem GeländeParcours spektakuläre Hindernisse.

Buchen Sie jetzt Ihre Fahrerlebnisse unter [autostadt.de/tickets](http://autostadt.de/tickets)



AUTOSTADT



## Turbulenter Herbst mit der GdP

Die 400-Meter-Strecke auf der Kartbahn im Cool Runners in Gevelsberg sieht einfach aus, hat es aber in sich, sodass auch geübtere Fahrer auf ihre Kosten kommen. Zum dritten Mal findet dort am 28. September der beliebte Kart-Cup der GdP statt. 20 Mannschaften à sechs Fahrerinnen und Fahrer werden gesucht, um in einem Vier-Stunden-Rennen den großen GdP-Pokal auszufahren. Nervenkitzel ja, aber fair fahren war in den letzten Jahren die Devise und so hatten alle Beteiligten ihren Spaß. Auch das GdP-Bowlingturnier ist



**mittlerweile aus dem Eventkalender nicht mehr wegzudenken. Es findet am 19. Oktober im Cosmo Sports in Düsseldorf statt.**

**Lust mit Kollegen und Freunden einen tollen und spannenden Abend zu verbringen? Dann anmelden unter: [stephanie.bauer@gdp-nrw.de](mailto:stephanie.bauer@gdp-nrw.de) (nur begrenzte Plätze) Mehr Infos unter: [gdp-nrw.de](http://gdp-nrw.de)**

## Glücksnummern des Monats

45 5391  
Julius Menke, Aachen  
45 4867  
Hans-Peter Königs, Neuss  
45 5242  
Sascha Stich, Essen/Mülheim  
45 5421  
Nicole Tölle, Bielefeld

**Die Gewinner im September erhalten einen GdP-Polizeiteddy „Sherlock Holmes“ .**

## GdP aktiv

**27.9.**, GdP-Verkehrsforum „Ausgebremst und überrollt – Überwachung des Schwerlastverkehrs in NRW“, Düsseldorf-Arcaden, Info und Anmeldung: [anneliese.grenz@gdp-nrw.de](mailto:anneliese.grenz@gdp-nrw.de)

**28.9.**, GdP-Kartrennen, 18 Uhr, Coolrunners, Mühlenstr. 5, Gevelsberg, Info und Anmeldung: [stefanie.bauer@gdp-nrw.de](mailto:stefanie.bauer@gdp-nrw.de)

**10.10.**, Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16 Uhr, Gastronomie Tennis-Club Eintracht Dortmund, Strobelallee 85, alle Jubilare erhalten eine persönliche Einladung

**21.10.**, Varieté der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20 Uhr, Festsaal Hotel Franz, Steeler Str. 261, Essen. Kartentelefon: 02 01/8 29-24 08 und -24 80

**10.11.**, 45. Bürger- und Polizeifest, Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20 Uhr, Stadthalle Mülheim. Internationalen Künstlern und Live-Band. Karten 17,50 € p. P., Tel.: 02 01/8 29-24 04

**30.11.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, Bonn

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Düren

6. September, 14 Uhr, Treffen der Seniorengruppe mit Vorstandswahlen, Restaurant Strepp, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

### Kreisgruppe Heinsberg

12. September, Jahresausflug der Seniorengruppe nach Bonn mit Stadtbesichtigung, Mittagessen im PP Bonn und anschließender Schifffahrt

nach Linz. Anmeldung: 0 24 31/58 80 (Klaus Labahn) oder 0 24 31/34 33 (Heinz-Willi Jansen)

### Kreisgruppe Köln

21. September, 14 Uhr, Infotreffen mit Elvira Hartmann vom Beratungsdienst „Geld und Haushalt“, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr./Ecke Waidmarkt, Köln

### Kreisgruppe Märkischer Kreis

6. September, 10:45 Uhr, Seniorentreffen, Besichtigung des Spielzeugherstellers SIKU, Schlittenbacher Str. 56 a, 58511 Lüdenscheid, mit anschließender Verpflegung in der Kantine des Kreishauses, Heedfelder Str. 45, 58509 Lüdenscheid, Anmeldungen über die Kreisgruppe, Tel.: 0 23 71/91 99-88 00 oder 88 03

## NACHRUFE

Michael Laumann	03.02.1967	Bielefeld	Roland Kobelt	13.02.1946	Hagen
Irmgard Voelpert	08.05.1926	Bochum	Karl-Heinz Hoffmann	05.10.1926	Herford
Heinrich Albers	13.04.1926	Bonn	Werner Schäffer	20.09.1957	Herford
Edith Schäfer-Hartlein	10.06.1927	Bonn	Werner Redeker	24.10.1943	Höxter
Ernst Heidemann	04.07.1961	Coesfeld	Heinz Dieter Kulla	01.06.1943	Köln
Friedhelm Beckmann	15.04.1941	Dortmund	Anne Bergh	14.03.1972	LKA
Horst Pütter	15.03.1943	Dortmund	Herbert Degner	01.08.1934	Mettmann
Volker Schumann	09.06.1963	Dortmund	Hans Mai	08.02.1925	Mönchengladbach
Klaus-Friedrich Dönecke	23.02.1955	Düsseldorf	Johann Gebert	20.09.1920	Recklinghausen
Erich Kuczera	22.07.1939	Düsseldorf	Hans Zierke	05.11.1928	Siegen-Wittgenstein
Günter Cruse	30.04.1943	Duisburg	Ilse Kuptz	10.10.1925	Soest
Willi Möres	04.01.1958	Euskirchen			

